

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Vertriebs- und Sammelnummer: 28 241.  
Für den Nachdruck: 20 O 11.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Oktober 1923 bei tagl. zweimaliger Zustellung von Haus 1,50 Mark.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg. außerhalb 20 Pfg. die 30 mm breite Reklameweile 150 Pfg. außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. (Quasi-Werbung gegen Vorauszahlung).

Schriftleitung und Hauptredaktion:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.  
Vollständig - Anna 1088 Dresden.

## Stimmungsumschwung in Locarno.

### Befähigungserleichterungen für einen deutsch-polnischen Schiedsvertrag von Briand angeboten? Die Folgen des österreichisch-italienischen Zwischenfalles. — Die englische Abwehrstellung gegen die bolschewistische Gefahr.

#### Eine Sitzung der Juristen.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Locarno, 6. Oktober. Die juristischen Sachverständigen sind heute morgen wieder zusammengetreten, um die Beratung über den in der Vorkonferenz von verschiedenen Seiten eingebrachten Vorschlag fortzusetzen. Ueber den genauen Inhalt dieser Beratungen wird Stillschweigen bewahrt und man erklärt, daß sich darüber auch gar nichts sagen lasse, weil es sich um lauter Einzelheiten handele, die sich nicht in wenige Sätze zusammenfassen ließen. Nachdem es gestern abend immerhin von manchen Seiten noch für zweifelhaft gehalten wurde, ob heute eine Vollstimmung stattfinden würde, besteht die Wahrscheinlichkeit, daß eine weitere Verschiebung nicht notwendig sei und daß

die nächste Sitzung der Hauptdelegierten vielmehr wie angekündigt, heute nachmittags 1/4 Uhr

beginnen wird, denn das Klimafieber Stresemanns von gestern nachmittag ist einer Besserung seines Befindens gewichen. Der Minister hätte vormittags noch das Bett, und man sagt, daß er ganz munter sei und hoffe, heute nachmittags wieder ganz und gar auf den Beinen zu sein.

Vormittags fanden neben den juristischen Besprechungen auch noch interne Beratungen innerhalb der deutschen Delegation statt. Namentlich hatte der Reichskanzler eine interne Besprechung mit dem Außenminister. Eine Veränderung des Konferenzverlaufes ist also durch die Erkrankung Stresemanns nicht eingetreten. Es ist also anzunehmen, daß man sehr schnell in die Materie hineinkommt. Schon die Beratungen der Juristen haben harte Realitäten berührt mit dem Ergebnis, daß der launige Optimismus, den man bis gestern abend in allen Lagern zur Schau trug, schon ziemlich hart einer ernsteren Auffassung über die weitere Entwicklung gewichen ist. Eigentümlich ist bisher der Kontrast der einseitigen, dessen Auffassung der Dinge von der vorläufigen Ansicht abweicht.

Auf der anderen Seite wäre es natürlich falsch, wollte man sich durch diesen Stimmungsumschwung, der vermutlich schon in den nächsten Tagen allgemein sein dürfte, zu einem Pessimismus verleiten lassen. Gewiß läßt auch Herr Briand der beim Verlassen der gestrigen Sitzung — so selten er sonst lacht — die beste Laune an den Tag legen, unter der Hand bereits vor dem allgemeinen Optimismus warnen. Aber es liegt doch im Wesen der Dinge, daß die ernste Arbeit auch Gegenläufe offenlegen muß. Wenn diese Zuspitzung der Schwierigkeiten sehr bald eintreten wird, so liegt das eben im Charakter der Konferenz, in dem Charakter der Hauptakteure. Diese Konferenz unterscheidet sich von den früheren internationalen Zusammenkünften zum mindesten in dem einen, daß die Hälfte der sachlichen Probleme scharfe Arbeit verlangt, und daß die jetzt beteiligten Staatsmänner ihrem Naturell nach kaum in solche oratorische Ausführungen verfallen werden, wie jene waren, in die Herrriot Herrn Marx in London immer wieder zu verstricken suchte.

#### Briands Angebot und Gegenforderung.

(Durch Funkgespräch.)

London, 6. Oktober. Der Sonderkorrespondent der „Morningpost“ schreibt: Wenn Deutschland, Frankreich und England auf der Konferenz nicht die Grundlage für die Sicherheit finden würden, so würde die letzte Hoffnung auf eine Entente geschwunden sein. Das sei die in britischen und französischen Kreisen ausgedrückte Ansicht. Die Meldung über

den russisch-deutschen Handelsvertrag scheint durchaus nicht eine ähnliche Wirkung erzielt zu haben, wie seinerzeit die von dem Abbruch des Vertrags von Rapallo auf der Genuefer Konferenz, wenn auch in französischen Kreisen noch ein Element des Misstrauens besteht. Der Berichterstatter fährt fort, er höre, daß vorläufig keine übersehenden Ereignisse in Locarno zu erwarten seien. Weder Stresemann noch Briand machten endgültige Versprechungen. Briand sei aber bereit, bedeutsame Zugeständnisse zu machen. Es verlange, Briand habe Stresemann und Luther versprochen, daß Frankreich den jetzigen Charakter der Rheinlandbesetzung abändert, die Zahl der Beamten im Saargebiet stark herabsetze, der Räumung Kölns durch die Engländer zustimmen und schließlich sogar mit einer früheren Volksabstimmung im Saargebiet und einer Verminderung der dortigen Streitkräfte sich einverstanden erklären werde.

Als Gegenleistung werde Frankreich verlangen, daß Deutschland einen Schiedsgerichtsvertrag mit Polen abschließe und den Danziger Korridor garantiere und daß die bestehenden Grenzen nicht mit Gewalt geändert werden dürften. Deutschland müßte auch einem ähnlichen Vertrag mit der Tschechoslowakei zustimmen, während Frankreich auf seinem Recht eines Vetos zur gegenseitigen Unterstützung mit den übrigen europäischen Staaten beharren werde.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ sagt: Aus Gesprächen, die er mit verschiedenen Außenministern geführt habe, ersehe er, daß es an gutem Willen nicht fehle. Zur Frage von Deutschlands Ökonomie, mit anderen Worten Polens, könne er positiv erklären, daß der britische Außenminister auf seinem Standpunkt verharre, feinerlei neue Garantien bezüglich Polens außer den im Artikel 16 der Völkerbundsatzung enthaltenen zu geben, die auf alle Mitglieder des Völkerbundes Anwendung finden.

Vorsichtiger als die übrigen Korrespondenten äußert sich der Sonderkorrespondent der „Times“ in Locarno. Er erklärt, man sollte auf die Fortschritte des ersten Tages keine allzu großen Erwartungen setzen. Es bestehe Grund, anzunehmen, daß die deutsche Delegation entschlossen sei, die westlichen und östlichen Verträge getrennt zu behandeln und weite Verbindungen zwischen beiden anzustimmen. Diese Auffassung sei natürlich der der Franzosen entgegengesetzt. Der Korrespondent glaubt, obwohl die Frage der Räumung Kölns endgültig von dem Programm der Konferenz gestrichen wurde, daß es für die deutsche Delegation bei ihren innerpolitischen Verpflichtungen schwierig sein werde, die Berührung der Frage zu vermeiden. Indessen brauche die Räumungsfrage nicht notwendigerweise Schwierigkeiten mit sich bringen. Man könnte vielleicht eine Lösung dadurch erreichen, daß der Vortritt solange nicht unterzeichnet zu werden brauche, bis Köln geräumt ist, während die deutsche Regierung auf der anderen Seite sich gewöhnen sehen würde, die Ausführung ihrer Verpflichtungen aus den Entwaffnungsbestimmungen zu beschleunigen.

Das Blatt „Lloyd Georges“, die „Daily Chronicle“, äußert seine Befriedigung darüber, daß Chamberlain eine vorsichtige Haltung einnehme. Das sei eine Genugtuung, da es für Großbritannien gefährlich sein würde, zu weitgehende Verpflichtungen zu übernehmen. Das mindeste, was Großbritannien von Frankreich als Gegenleistung für eine Garantie verlangen könnte, sei, daß es aufhöre, U-Boote gegen England zu bauen. (W.F.)

(Weitere Meldungen siehe Seite 2.)

#### Das Deutschstum im Lichte des groß-deutschen Gedankens.

Tschechische Ueberwachung deutscher Versammlungen.

Der Vortragsabend, den die Frauengruppe des Vereins für das Deutschstum im Ausland am Montag im dichtbesetzten Saale der „Harmonie“ veranstaltete, begann mit einer kleinen Ueberrraschung. Aus den Eingangsworten des Redners, Dr. Podgman aus Tepliz-Schönau, mußte man entnehmen, daß ein Vertrauensmann der tschecho-slowakischen Republik zur Ueberwachung der Versammlung im Saale anwesend war. Diese Feststellung hatte auch insofern eine besondere Bedeutung, als aus den weiteren Ausführungen des Redners hervorging, in welcher Weise die tschecho-slowakische Republik gegen angebliche irredentistische Bestrebungen vorgeht und Deutsche auf Grund falscher Berichte der Vertrauensmänner für Dinge verantwortlich macht, die sie gar nicht getan haben. Auch der Verein für das Deutschstum im Ausland, der ja nur die Aufgabe habe, den kulturellen Zusammenhang zwischen den in der Welt zerstreuten Deutschen zu vermitteln, würde als ein Freund der Irredentisten angesehen. Wenn dieses zuträfe, so müßten die Sokolvereine in Deutschland ebenso bewertet werden. Die Mitglieder des Vereins für das Deutschstum im Ausland dürften nicht erbaunt sein, wenn sie beim Uebertritt über die Grenze verhaftet würden, denn in dieser Beziehung sei die Tschecho-Slowakei sehr großzügig. Der Redner erinnerte hierbei an die Verhaftung eines harmlosen Kaufmanns, der ein Stahlhelmbesitzer gewesen sei, und an die Festnahme eines Schiffskapitäns, dessen Dresdner schwarz-gelbe Flagge man für die alten habsburgischen Farben gehalten habe.

Wenn Deutschland einmal Retorsion anwenden wollte, so würde gleich Rache sein.

An den Verhandlungen in Locarno hätten die Subeten- deutschen ein unmittelbares Interesse, denn von den Tschechen würde sehr der Anspruch auf das strategisch wichtige Mähler Gebiet ausgeht. Sie hätten von der französischen Politik gelernt, zunächst einmal vorzuschlagen, damit, wenn sie auf die Aufrollung dieser Frage später verzichteten, ihre übrigen Beschwerden um so eher beruhigt würden.

Nach diesen Vorbemerkungen legte der Redner dar, daß die Tschecho-Slowakei ihre Entziehung zwei Gesichtspunkten verdanke: der Verschlagung Österreichs und der Absicht, das Deutsche Reich mit einem Kranz deutschfeindlicher Staaten zu umgeben. Daraus ergebe sich, daß die Tschecho-Slowakei seit ihrer Entstehung genötigt gewesen sei, in ihrem politischen Programm französische Richtlinien zu verfolgen. Das subetendeutsche Volk sei ein Fremdkörper in dem tschecho-slowakischen Staatsgefüge. Diesen Fremdkörper auszuscheiden, dazu gebe es zunächst den Weg der politischen Gewalt, wie er in Elsaß-Lothringen und Polen durch die Ausweisungen betreten worden sei. Dieses Mittel könne aber nicht angewendet werden, weil man seinerzeit in Paris verhandelt habe, die Subetendeutschen hätten kein anderes Bestreben, als möglichst rasch in der Tschecho-Slowakei Heimatrecht zu bekommen. Man versuche daher

die Subetendeutschen im tschecho-slowakischen Kessel einzuschmelzen.

Das könne natürlich nicht von heute auf morgen geschehen. Aber man habe Geduld. Es würde verlangt, daß die Subetendeutschen loyale Staatsbürger werden, d. h. daß sie jene feste Einstellung zum Staate sich zu eigen machen, die sie befähige, auch in Zeiten der Besatzung an der Seite des Staates zu stehen. Das dies nicht unmöglich sei, bewiesen die Elsaß-Lothringer, noch mehr die Deutschschweizer, die in nationaler Beziehung verwöhrt seien. So solle es auch mit den Subetendeutschen werden. Man wolle ihnen die deutsche Seele nehmen. Da dies bei der jetzigen Generation, die in alldeutschen Gedankengängen groß geworden sei, nicht erzielt werden könne,

lege man das Schwergewicht auf die kommenden Geschlechter. Man scheue vor keinem Mittel zurück und nähe die Macht des Staates in jeder Beziehung an.

Der Redner behandelte die Bodenreform, die unter dem Deckmantel der Sozialpolitik auch nach Ausprüchen von tschechischen Volkswirtschaftlern weiter nicht sei als eine verheißte Enteignung. Die Verluste der bisherigen deutschen Besitzer betrügen 80 Prozent. Es handele sich gar nicht darum, die nichtleistungsfähigen Zwergbesitzer mit Land zu versorgen, sondern darum, die Schulen mit Tschechen zu füllen. Hierzu verheißt man sich Tschechen aus der ganzen Welt. Auch die Sozialversicherung werde verfolgt in erster Linie nationale Zwecke, denn die Gelder, die zum großen Teil die subetendeutsche Industrie aufbringe, würden für Staatsanleihen und zur Unterstützung des tschechischen Grundbesitzes verwendet. Der Redner erwähnte weiter das Eindringen der Tschechen in die deutschen Betriebe, den Vernichtungskrieg gegen die Staatsbeamten deutscher Abstammung, die unerhörte Behandlung deutscher Kriegsverletzte bei Verachtung von Eignen der Tabaktrafik. Deutsche Orte erhielten Vorkrämer, die kein Wort Deutsch verstanden und die deutsche Kurzenschrift nicht entziffern könnten. Natürlich würde die Feinjur auf's schärfste gehandhabt. Die an sich begrenzten Sparmaßnahmen richteten sich in erster Linie gegen die deutschen Schulen. Von den über 1000 mehr in deutschen

## Die Rechtsparteien und Stresemanns Politik.

### Billigende Entschliebung der Volkspartei der Rheinprovinz.

(Durch Funkgespräch.)

Köln, 6. Okt. Die Deutsche Volkspartei der Rheinprovinz hat an den Ministern des Reiches Dr. Stresemann nachfolgende Entschliebung gerichtet:

Die Deutsche Volkspartei der Rheinprovinz (Arbeitsgemeinschaft der vier rheinischen Wahlkreise) spricht Ihnen im Anschluß an eine politische Aussprache am 30. September in Düsseldorf ihr vollstes Vertrauen aus und hofft, daß es Ihnen gelingen möge, wie bisher die Außenpolitik des Deutschen Reiches erfolgreich weiterzuführen. Das besetzte Gebiet empfindet es bitter, daß entgegen dem Versailler Vertragsbestimmungen die nördliche Zone nicht geräumt wurde, und daß auf dem besetzten Gebiete nach wie vor die schwere Last der Besetzung mit allen ihren Freiheiten der Bevölkerung sehr bedrückenden Einschränkungen liegt. So stark aber auch der Wunsch des besetzten Gebietes auf Räumung und Erleichterung ist, wir möchten nicht verschleißen, abermals zu betonen, daß wir keine Erleichterungen für das besetzte Gebiet erstreben, die geeignet wären, die große Linie der Gesamtpolitik zu ändern und Bindungen zu schaffen, die auf die Dauer nachteilig wären, als die Erleichterungen für das besetzte Gebiet.

#### Der Braunschweiger Landesverband der Deutschen Volkspartei hinter der Reichsregierung.

Braunschweig, 6. Oktober. Die Deutsche Volkspartei sah in ihrer Landesvorstandssitzung in Braunschweig folgende Ent-

schliebung: Der erweiterte Landesverband der Deutschen Volkspartei billigt die von dem Außenminister angebahnte und von der Reichsregierung betriebene Außenpolitik zur Erlangung deutscher Freiheit, Sicherheit und Weltgeltung. Er hat zum Reichspräsidenten und der Reichsregierung das Vertrauen, daß sie diese Politik so weiter führen werden, wie es der deutschen Ehre entspricht. (Zl.)

#### Die Deutschnationalen Braunschweigs zum Sicherheitspakt.

Braunschweig, 6. Okt. Der Vorstand des Landesverbandes Braunschweigs der Deutschnationalen Volkspartei nahm eine Entschliebung an, in der mit Befriedigung feststellt wird, daß es der Partei gelungen ist, den am 1. Oktober in der Kriegsschuldfrage auch bei der Reichsregierung durchzusetzen. Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage soll mit Energie fortgesetzt werden. In der Entschliebung heißt es weiter: „Es wird erwartet, daß die Deutschnationale Volkspartei, und insbesondere auch geschlossene unsere Reichstagsfraktion, keinem Sicherheitspakt zustimmt, durch den mittelbar oder unmittelbar ein Verzicht auf deutsches Land auszusprechen wird, oder durch den dem deutschen Volke neue Pflichten auferlegt würden. Der Abschluß weiterer Verträge ist weiterhin auch abhängig davon zu machen, daß vorerst die Rheinzone geräumt wird, sowie die in der Entwaffnungs- und Luftfahrtnotwendigkeiten enthaltenen unberechtigten Forderungen des Völkerbundes zurückgenommen werden. Diese unsere Forderungen bezeichnen sich naturgemäß auch auf einen etwaigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, vor dem wir nachdrücklich warnen.“